

Kosovare
ausgeschafft

RÜCKSCHAFUNG Der Migrationsdienst des Kantons Bern hat mithilfe der Kantonspolizei Bern hat einen kriminellen Kosovaren heimgeschafft. Für ihn gibts kein Zurück in die Schweiz.

Gibt es ein Delikt, das dieser Verbrecher nicht auf dem Kerbholz hat? Schwere Körperverletzung, Diebstahl (mehrfacher Versuch), gewerbmässiger Diebstahl, gewerbs- und bandenmässiger Diebstahl (mehrfache Begehung), Sachbeschädigung, betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage, Hehle- rei, Hausfriedensbruch sowie Vergehen gegen das Waffengesetz. Wegen diesen Straftaten verurteilte ihn das Kreisgericht Biel-Nidau 2006 zu drei Jahren Strafvollzug. Der Migrationsdienst des Kantons Bern handelte schnell; er entzog dem Kosovaren die Niederlassungsbewilligung und wies den Mann aus der Schweiz weg. Doch dagegen rekurrierte der Verbrecher, blitzte 2008 aber ab: Er musste gehen.

Ging er auch? Am 4. Februar 2010 wurde er wegen schwerer Körperverletzung und Diebstahls (mehrfache Begehung) erneut zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Der Migrationsdienst organisierte mit dem Ausländer- und Bürgerrechtsdienst der Kantonspolizei die Rückschaffung in den Herkunftsstaat. Die Rückschaffung verlief ohne Zwischenfälle. Immerhin das. *pd*

Cablecom-Konkurrent legt weiter zu

KABELNETZE Finecom dehnt sich im Kanton Bern weiter aus: Ab 2013 verbreitet der Bieler Telecomanbieter unter der Marke Quickline Internet, Festnetztelefonie, Mobiltelefonie und digitales Fernsehen auch im Raum Emmental und Luzern Landschaft.

Diese Zeitung weiss bereits, was die Nummer zwei im Schweizer Kabelnetzmarkt heute bekannt gibt: Die Finecom Telecommunications AG hat mit der Medianet Holding AG in Schlosswil einen Zusammenarbeitsvertrag für das Kabelnetz der Medianet im Emmental und im Kanton Luzern unterzeichnet. Medianet gehört zu 70 Prozent der Genossenschaft Elektra Baselland.

Knapp 30 000 Haushalte, welche derzeit Zugang zu den Diensten von Zapp haben, können abkommendem Jahr die Produktpalette Quickline von Finecom beziehen. Finecom-Chef Nicolas Perrenoud bestätigt die Partnerschaft: «Dank Medianet können wir die geografische Lücke zwischen dem Kanton Bern und der Innerschweiz schliessen.»

Marktanteil von 15 Prozent

Mit dem neuen Partner erreicht Finecom mit den Quickline-Produkten nun 330 000 Haushalte. Das entspricht einem Marktanteil von 15 Prozent in der Deutschschweiz. «Bis ins Jahr 2016 wollen wir 400 000 bis 500 000 Haushalte erreichen», sagt Perrenoud. Das entspräche dann einem Marktanteil von 25 Prozent. 18 unabhängige Kabelnetzfirmen in 11 Deutschschweizer Kantonen vertreiben Quickline. Der Verbund ist damit zum wichtigsten

Herausforderer von Marktführer UPC Cablecom geworden. Im Kanton Bern bieten etwa Energie Belp, Energie Seeland, Localnet Burgdorf und Renet Langenthal Quickline-Dienstleistungen an. In der Stadt Bern verbreitet Energie Wasser Bern Quickline-Produkte übers Glasfasernetz.

Finecom ist selber auch im Quickline-Verbund und stellt für die Mitglieder die Infrastruktur zur Verfügung, das heisst: Internet, Festnetztelefonie, Mobiltelefonie sowie hochauflösendes Fernsehen (HDTV). Daneben kümmert sich die Firma um den Kundendienst. Finecom beschäftigt dazu 55 Mitarbeiter in Biel.

Quickline ist eine Reaktion der Kabelnetzbetreiber auf die drei finanzstarken Akteure im digitalen TV-Markt: Swisscom, UPC Cablecom und Sunrise. Vor allem kleine Kabelnetzanbieter müssen damit rechnen, Kunden an die grossen Mitbewerber zu verlieren, weil sie kein ebenbürtiges Fernsehangebot anbieten können. Damit ein Anbieter beispielsweise einen prestigeträchtigen US-Sender wie den National Geographic Channel verbreiten kann, muss er Mindestgarantien von 50 000 Franken im Jahr bezahlen. Für einen kleinen Kabelnetzbetreiber mit 5000 Haushalten ist das schlicht zu teuer. Im Verbund mit anderen sieht die Situation hinge-



Händedruck für die Zukunft: Medianet-Geschäftsleiter Marcel Hess (links) und Finecom-Chef Nicolas Perrenoud besiegeln die Partnerschaft. *zvg*

gen wieder ganz anders aus. Derzeit nutzen etwa 120 000 Haushalte das digitale TV-Angebot von Quickline.

Auch das Partnermodell von Quickline ist attraktiv: «Die Mit-

glieder haben die Möglichkeit, sich über die Muttergesellschaft Besonet an Finecom zu beteiligen und so die Strategie zu bestimmen», sagt Finecom-Chef Perrenoud. Doch auch die Pro-

duktdesigns und Marketingmassnahmen entwickeln die Vertragspartner zusammen.

Für Medianet hat der Zugang zu neuen digitalen Angeboten den Ausschlag für Quickline gegeben: «Mit dem Beitritt können wir unseren Endkunden attraktive und zukunftsorientierte Multimediadienste anbieten und profitieren gleichzeitig von den Synergien im Verbund», sagt Medianet-Geschäftsleiter Marcel Hess. Ende 2011 hat EBL die Mehrheit an der Medianet Holding AG übernommen. Die Versorgung der Haushalte mit Teleprodukten hat Medianet ausgeschrieben. Die neuen Angebote werden ab 2013 etappenweise im Emmental und im Luzerner Hinterland aufgeschaltet.

Die Swisscom als kabelnetz-fremder Anbieter und zugleich grösster Schweizer Telecomkonzern nimmt die Pläne von Finecom zwar zur Kenntnis: «Zu einzelnen Konkurrenten äussern wir uns jedoch nicht», sagt Firmensprecher Sepp Huber. Denn der blaue Riese messe sich «national mit mehreren Hundert Kabelnetzbetreibern».

Kombi-Angebot ab 70 Franken

Der Einstiegspreis für das kombinierte Angebot von Quickline beträgt 70 Franken im Monat. Darin enthalten sind Internet, kostenlose Festnetztelefonie ins Schweizer Netz sowie Fernsehen mit 170 Sendern, davon über 25 in hochauflösender HD-Qualität. *Jon Mettler*

ANZEIGE



SARASIN

Wir sind auch
nachhaltig,
wenn es um
unsere
Prinzipien
geht.

Die Bank Sarasin orientiert sich seit über 170 Jahren an der Zukunft. In all der Zeit haben sich unsere Werte wie Nachhaltigkeit, Qualität und Stabilität bewährt. Darum bleiben wir auch, was wir sind: eine unabhängige Schweizer Privatbank. Vielen Dank für Ihr Vertrauen.
www.sarasin.ch

Nachhaltiges Schweizer Private Banking seit 1841.

Grosser Rat verlangt
Hilfe für Working Poor

FAMILIEN Wenn trotz Erwerbstätigkeit das Einkommen von Eltern nicht ausreicht, soll die öffentliche Hand einspringen. Der Grosse Rat will Ergänzungsleistungen für Familien im Gesetz verankern.

Weil der Regierungsrat nicht tätig wird, legt der Grosse Rat jetzt selber Hand an. Er arbeitet einen Gesetzesartikel aus, damit Familien finanzielle Hilfe erhalten, wenn ihr Einkommen nicht ausreicht. Mit 81 Ja- zu 68 Nein-Stimmen hat er dies gestern beschlossen und der entsprechenden parlamentarischen Initiative von Daniel Steiner-Brütsch (EVP, Langenthal) zugestimmt.

Steiner hat das Ziel vorgegeben: Familien, die trotz Erwerbstätigkeit zu wenig Geld verdienen, sollen nicht zu Sozialfällen werden. Es gehe um die Entlastung von Working-Poor-Familien, so Steiner. Die Löhne im Gastgewerbe oder Detailhandel, aber auch das Einkommen von Bauern im ländlichen Raum reichen nicht immer aus, um den Unterhalt einer Familie zu bestreiten. In solchen Fällen sollen Familien das Recht auf Ergänzungsleistungen haben. Wer kein oder nur ein sehr bescheidenes Einkommen erhält, soll sich weiterhin an die Sozialhilfe wenden. Ergänzungsleistungen sind auch nur für Familien vorgesehen, die seit längerem im Kanton Bern wohnen. Die Kosten sollen Kanton und Gemeinden gemeinsam tragen. Zahlreiche Kantone hätten bereits die gesetzlichen Grundlagen für Ergänzungsleistungen für Familien geschaffen, darunter Solothurn und Aargau, so Steiner. «Dass Bern nicht dazugehört, ist ein Armutszeugnis.»

Eine Seltenheit

Eine Kommission nimmt sich nun dem Gesetzesartikel an. Dass der Grosse Rat via parlamentarische Initiative einen Gesetzgebungsprozess selbst in Gang setzt, ist selten. Steiners Initiative hat allerdings eine Vorgeschichte. Bereits Anfang 2009 hat der Grosse Rat zu Ergänzungsleistungen für einkommens-



Daniel Steiner-Brütsch blieb hartnäckig und hatte gestern Erfolg damit. *Andreas Blatter*

schwache Familien Ja gesagt. Er hat die entsprechende Motion – ebenfalls von Daniel Steiner – mit 81 Ja- zu 58-Nein-Stimmen angenommen und den Regierungsrat mit der Umsetzung beauftragt.

«Finanzpolitisch nicht vertretbar»

Die Regierung arbeitete daraufhin zwar ein Modell aus, verfolgte es aber nicht weiter, weil sich der Kanton diese finanzielle Hilfe gar nicht leisten könne. Mit Kosten in Höhe von 71 bis 144 Millionen Franken müsste gerechnet werden, was finanzpolitisch im Moment nicht vertretbar sei, so der Regierungsrat. Diese finanziellen Berechnungen bewogen denn auch viele bürgerliche Grossräte gestern zu einem Nein, obwohl Steiner betonte, es gebe auch andere Modelle. Verständnis hatten sie aber für Steiners Kritik am Vorgehen des Regierungsrates: Es sei nicht akzeptabel, dass dieser einen Auftrag des Grossen Rats nicht ausführe und trotz überwiesener Motion auf das Vorlegen einer Gesetzesgrundlage verzichte. *Brigitte Walser*